



Presse- mitteilung

Pressestelle

HAUSANSCHRIFTEN Rochusstraße 1, 53123 Bonn
Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18 529 - 3171 bis 3177

FAX +49 (0)30 18 529 - 3179

E-MAIL pressestelle@bmelv.bund.de

INTERNET www.bmelv.de

DATUM 10. Dezember 2008

NUMMER 12-197

SPERRFRIST

Lindemann: Recht auf Nahrung ist Kompass auf dem Weg aus der Ernährungskrise

„Das Recht auf Nahrung kann einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung der Ernährungskrise leisten“, sagte **Gert Lindemann**, Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz heute zum Abschluss der Konferenz „Politik gegen Hunger VII“ in Berlin.

Lindemann unterstrich die ungebrochene Unterstützung der Bundesregierung für den auf dem Recht auf Nahrung basierenden Ansatz der Hungerbekämpfung: „Mit den Freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung der Welternährungsorganisation FAO existiert ein anerkannter Orientierungsrahmen, den wir nutzen sollten bei den gegenwärtigen internationalen Aktivitäten zur Bewältigung der Nahrungsmittelkrise.“

„Der Landwirtschaft kommt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen von Armut und Unterernährung zu. Dabei verschärfen Klimawandel und Bevölkerungswachstum die Bedingungen“, betonte der Staatssekretär und forderte, das Potenzial der Landwirtschaft zu einem nachhaltigen Management der natürlichen Ressourcen voll auszuschöpfen.

„Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise darf nicht von der Bedeutung der Hungerbekämpfung ablenken“, unterstrich Lindemann. „Die Ernährungssicherung ist langfristig von größter Bedeutung für sozialen Frieden und Stabilität in der Welt. Für die Bundesregierung hat der Kampf gegen Hunger und Armut daher höchste Priorität.“

BMELV veranstaltet im Rahmen des Forums der Internationalen Grünen Woche am 17. Januar 2009 einen Agrarministertgipfel zum Thema „Sicherung der Welternährung- Herausforderung für Politik und Wirtschaft“.

Zum 60. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte veranstaltete BMELV zum siebten Mal die Konferenz der Reihe „Politik gegen Hunger“ mit dem Titel „Das Recht auf Nahrung ist Menschenrecht“. Auf der Konferenz diskutierten über 250 internationale Teilnehmer Handlungsoptionen und Empfehlungen zur Sicherstellung des Rechts auf Nahrung.

BMELV fördert die politische Implementierung des Rechts auf Nahrung in der Arbeit der FAO mit freiwilligen Beiträgen in Höhe von jährlich 8,3 Millionen Euro zur Durchführung innovativer Projekte zur Ernährungssicherung.